

Seit dem akuten Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise steht auch die Zukunft von General Motors auf der Kippe und damit auch die Zukunft von Opel. Fast täglich gibt es neue Nachrichten über ein wie auch immer geartetes Insolvenzverfahren von General Motors, und noch immer ist unklar, was das für die Beschäftigten an den Opel-Standorten bedeutet.



Ein Schutzschirm für die Menschen

In Bochum ist klar: Die Bevölkerung steht solidarisch an der Seite der Opel-Belegschaft und unterstützt sie in ihrem Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze. Der Rat hat am 26. Februar einstimmig einen Appell „Opel Bochum muss bleiben!“ verabschiedet, in dem es heißt: „Der Rat der Stadt Bochum bekundet seine uneingeschränkte Solidarität mit den Beschäftigten. (...) Der Rat der Stadt Bochum unterstützt ausdrücklich die Forderungen der Beschäftigten und der IG Metall: Keine Werksschließungen! Keine Entlassungen!“

Dies ist für DIE LINKE Handlungslinie ihrer Politik, und nicht nur im Bochumer Rat, sondern auf allen Ebenen. Dies ist leider nicht bei allen Akteuren so: Der neue Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg weigert sich bis heute, eine Zusage über Beihilfen zur Rettung von Opel zu geben, und die Bundesregierung lehnt einen Einstieg des Staates weiterhin ab und fordert gebetsmühlenhaft ein Konzept für Opel. Damit gefährdet die Bundesregierung, getragen von SPD und CDU, Arbeitsplätze nicht nur in Bochum.

Die Bundesregierung fordert ein Konzept von GM und hat selbst keins. Sie verlangt keine Beschäftigungssicherung und macht keine Vorgaben für einen ökologischen Wandel. Opel soll an den meistbietenden Investor verhökert werden. Die Spekulationen der Großen Koalition über eine Insolvenz sind verantwortungslos.

Deshalb hat Oskar Lafontaine am 3. März gemeinsam mit der Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen den Bochumer Opel-Betriebsrat besucht und im Anschluss erklärt: „Eine zügige Entscheidung über die Opel-Hilfen muss her. Jeder Tag, der verloren geht, bedroht die Beschäftigten ein Stück mehr.“

Die Kernfrage ist: Soll Opel mit Steuergeldern gerettet werden? Eine Pleite würde ca. 50 000 Arbeitsplätze bei General Motors in Europa selbst vernichten und weitere zigtausende bei Händlern und Zulieferern. Und deshalb sind »Rettungspläne«, die drastische Stellenstreichungen und Standortschließungen vorsehen, für DIE

LINKE völlig inakzeptabel. Steuergelder dürfen nur in den Erhalt von Arbeitsplätzen fließen, nicht in ihren Abbau. Für DIE LINKE stehen die Menschen an erster Stelle.

DIE LINKE hat ein Konzept für Opel: Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Thüringen müssen jetzt gemeinsam mit Spanien und Belgien bei Opel einsteigen, so dass sie mindestens eine Sperrminorität erlangen. Wie das klappt, zeigt das Beispiel Volkswagen: Gegen die Mehrheit aus Arbeitnehmervertretung und Landesregierung kann kein Standort geschlossen werden. DIE LINKE tritt dafür ein, dass staatliche Zuschüsse unter Einbezug der Belegschaft in Eigentumsformen umgesetzt werden, die mit umfassenden gesellschaftlichen Mitbestimmungsrechten verbunden sind. Das wollen wir auch für Opel.

Der Bund muss durch Bürgschaften helfen, Opel Europa abzusichern. Ziel ist ein gemeinsames, rechtlich selbst-

1. Mai 2009

Die diesjährigen Maikundgebungen des DGB stehen unter dem Motto „Arbeit für alle bei fairem Lohn“. Um 10.15 Uhr starten in Bochum drei Demonstrationen ab:

1. **Jahrhunderthaus, Alleestraße 80**
2. **TKS (NO), Castroper Straße 228**
3. **ver.di, Universitätsstraße 76**



Die Maikundgebung beginnt dann um ca. 11 Uhr auf dem Willy-Brandt-Platz / Rathausvorplatz. Hauptrednerin ist Yvonne Sachtje, Geschäftsführerin der NGG-Region Ruhr. Parteien und Verbände beteiligen sich mit Infoständen. Natürlich ist auch DIE LINKE Bochum mit dabei.



Verluste durch Cross-Border

Mindestens 5 Mio Euro hat die Stadt Bochum der 2003 abgeschlossene Vertrag über die langfristige Vermietung des Kanalnetzes gekostet. 20,4 Mio Euro sind damals als so genannter Barwertvorteil vereinnahmt worden, 25 – 26 Mio Euro hat die Abwicklung des Geschäftes nach Aussagen des Kämmerers gekostet. „Wir haben alles richtig gemacht“, bewertete der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Reinirkens das Geschäft Ende März im Stadtrat. Die Linksfraktion ist gespannt, ob die Bürgerinnen und Bürger bei der Kommunalwahl zu dem gleichen Ergebnis wie die SPD kommen: Dass es richtig war, ein mittlerweile verbotenes Geschäft mit hohen Risiken abzuschließen, sich über ein erfolgreiches Bürgerbegehren hinwegzusetzen und mindestens 5 Mio Euro Verlust zu verursachen.

Wir sind für Sie da

Immer montags bietet unsere BürgerInnensprechstunde von 16.30 – 18 Uhr die Möglichkeit, mit uns über Probleme und mögliche Lösungen ins Gespräch zu kommen. Dazu stehen reihum die Rats- und Ausschussmitglieder für Fragen, Anregungen und Diskussionen in unserer Geschäftsstelle, Willy-Brandt-Platz 1 – 3, persönlich und telefonisch unter 910-1295 zur Verfügung.

4.5: Uwe Vorberg, Mitglied des Rates und im Ausschuss Arbeit, Wirtschaft, Grundstücke

11.5.: Jürgen Plagge-Vandelaar, Mitglied der Bezirksvertretung Mitte

18.5: Ernst Lange, Mitglied des Rates und des Sozial- und Gesundheitsausschusses

25.5.: Bianca Schmolze, Mitglied des Rates, des Migrationsausschusses und des Agenda-Beirates

8.6.: Uwe Vorberg, Mitglied des Rates und im Ausschuss Arbeit, Wirtschaft, Grundstücke

15.6.: Anna-Lena Orłowski, Mitglied des Schulausschusses

22.6.: Hella Eberhardt, Mitglied des Frauenbeirates

29.6.: Ernst Lange, Mitglied des Rates und des Sozial- und Gesundheitsausschusses

► ständiges europäisches Unternehmen, an dem auch Händler und Zulieferer beteiligt werden.

Die Produktion von Opel muss neu strukturiert werden: Die Krise bei Opel und in der Automobilbranche könnte eine Chance für wirklich neue und zukunftswei-

sende Wege in der Industriepolitik bieten. Der Produktion umweltverträglicher Autos mit geringem Treibstoffverbrauch gehört angesichts steigender Benzinpreise und Umweltbelastung die Zukunft.

Kurzfristig ist aber vor allem wichtig, dass die Beschäftigten

des Bochumer Opel-Werkes eine Perspektive erhalten. Deshalb sammelt auch unsere Ratsfraktion Unterschriften für den Appell an die Bundesregierung: „Klare Perspektive für Opel und die Region. Beschäftigung sichern statt Arbeitslosigkeit finanzieren!“

Uwe Vorberg

Widersprüche und Klagen gegen die Bochumer ARGE sind erfolgreich

Und es lohnt sich doch

Zunächst einige Zahlen vorab. Die Klagen vor den Sozialgerichten haben 2008 einen Höchststand erreicht. Peter Masuch, der Präsident des Bundessozialgerichts spricht von 175.000 Verfahren. Das ist ein Anstieg gegenüber 2007 von 28%! Aber damit nicht genug. Die Vizepräsidentin des BGH weist darauf hin, dass höchstrichterliche Entscheidungen von den ARGEn ignoriert werden. Ein Skandal sondergleichen!

Für Bochum sieht das so aus: Von 2007 nach 2008 stieg die Anzahl der Widersprüche um 22% und die der Klagen um 12%. Und dass dies überaus erfolgreich ist, wird dadurch belegt, dass die ARGE 30% der Widersprüche voll und in 11,6% der Fälle teilweise anerkennen musste. Bei den Klagen sieht das noch besser aus. In 50% der Fälle musste die ARGE ganz oder teilweise nachgeben.

Es ist m.E. ein Trauerspiel, dass die Menschen in unserer Stadt ihren Rechtsanspruch mit solchen Mitteln durchsetzen müssen. Es ist ein Unding, dass die ARGE es lieber auf Klagen ankommen lässt, als die berechtigten Ansprüche der ALG-II-BezieherInnen zu bewilligen. Statt Hartz-IV-EmpfängerInnen gerichtlich zur Aufnahme von Arbeit zu Dumpinglöhnen zu zwingen, sollte sich die ARGE

darauf beschränken, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Diese Situation bei der Bochumer ARGE ist natürlich nicht den einzelnen MitarbeiterInnen anzulasten, die erwiesenermaßen unter einer sehr hohen Arbeitsbelastung leiden. Hier müssen neue Stellen geschaffen werden.

Die vielen Widersprüche und Klagen sind ein Fehler im System. Sie sind letztlich einem schlampig gemachten Gesetz geschuldet, das nicht dem Wohl der BürgerInnen dient. Von daher gehen wir nicht von unserem Standpunkt ab, dass

die Hartz-IV-Gesetze zu Lohndrückerei und zunehmender Armut geführt haben. Und wir bekräftigen hier unsere Forderung: Hartz IV muss weg!

Aber solange das nicht passiert ist, können wir nur dazu auffordern Widerspruch einzulegen und Klagen zu erheben. Und wer nicht weiß, wie er das anfangen soll, kann sich an die unabhängigen Arbeitslosenberatungsstellen wenden – die helfen auf jeden Fall. 1.500 stattgegebene Widersprüche in 2008 zeigen, es lohnt sich für sein Recht zu kämpfen! *Ernst Lange*



Kommunales Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten

Im Mai vor 60 Jahren trat das Grundgesetz in Kraft. Was bei seinem Entstehungsprozess jedoch noch nicht klar war ist, dass in diesem Land einmal sehr viel Menschen leben würden, die nicht hier geboren wurden, sondern aus anderen Ländern hierher gezogen sind.

Diese Menschen haben die Bundesrepublik politisch, kulturell und intellektuell reicher, bunter und lebenswerter gemacht. Aber der Mehrzahl von ihnen wird ein elementares Grundrecht verwehrt. Das Recht durch die Teilnahme an Wahlen politische Entscheidungsprozesse mitzubestimmen.

Von den 1,8 Millionen Nicht-deutschen in NRW dürfen zwei Drittel z.B. an den Kommunalwahlen nicht teilnehmen, weil sie nicht aus einem Mitgliedsland



der EU kommen. Dabei leben diese Menschen teilweise seit fast 20 Jahren hier. Viele wollen sich aktiv in die Gestaltung ihrer Städte und Gemeinden einbringen. Sie wollen mitbestimmen über die Ausrichtung der Politik ihrer Stadt. Aber das Recht zu wählen, dieser Kernbereich politischer Mitbestimmung, wird ihnen verwehrt.

Auch bei uns im Land wird die Forderung dieses elementare Grundrecht einzuführen, immer deutlicher erhoben. So fordern unter anderem der DGB, der Deutsche Städtetag sowie diverse Wohlfahrtsverbände und die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen die Einführung des kommunalen

Wahlrechtes. DIE LINKE unterstützt selbstverständlich diese Forderung. Auf Initiative von FDP und Linksfraktion hat bereits der Ausschuss für Migration und Integration die Forderung unterstützt. Wir möchten jetzt, dass der Rat den entsprechenden Beschluss fasst, damit sich die Stadt bei der Landesregierung für die Einführung des kommunalen Wahlrechtes einsetzt.

In NRW wurden mittlerweile in 29 Städten solche Beschlüsse gefasst, so in Herne, Hattingen, Bielefeld, Aachen und Dortmund. Ich hoffe, dass es auch in Bochum eine breite politische Mehrheit gibt, wenn es darum geht, ein elementares Grundrecht einzuführen. *Bianca Schmolze*

Aktiv gegen Feinstaub

Die AnwohnerInnen der A 40 können noch lange warten, bis eine Messstelle, die Feinstaubbelastung misst, aufgestellt wird. Mindestens bis 2011, wenn es nach dem Landesumweltamt und der Koalition von SPD und Grünen in Bochum geht. Die Bürgerinitiative gegen die DüBoDo hatte im Herbst eine Messstelle an der A 40 gefordert. Sowohl das städtische Umweltamt als auch das Landesumweltamt haben aber der Linksfraktion mitgeteilt, dass keine freien Messstellen zur Verfügung stünden.

Deshalb beantragte die Linksfraktion im Dezember, dass die Stadt Bochum eine Messstelle mietet und installiert. Die Kosten dafür belaufen sich auf ca. 50.000 Euro jährlich. Soviel sollte der Stadt die Gesundheit ihrer BürgerInnen schon wert sein. SPD und Grüne haben in der Ratssitzung zwar den Bedarf



anerkannt, aber den Antrag dahingehend modifiziert, dass eine Messstelle beim Land beantragt wird. Wie zu erwarten, hat das Landesumweltamt nun bestätigt, dass an der A40 mit einer hohen Belastung von Feinstaub und Stickstoffdioxid zu rechnen ist, dass es aber keine freie Messstelle gibt, zumindest nicht vor 2011. DIE LINKE will, dass die Verantwortlichkeiten nicht weiter zwischen Kommune, Land und Bund hin und her geschoben werden, sondern die Stadt endlich handelt. *Uwe Vorberg*

Konzerthaus ohne Klo?

Es sollte einer der Bochumer Glanzpunkte des Kulturhauptstadtjahres 2010 sein. Das neu eröffnete Konzerthaus. Doch jetzt zeichnet sich ab: Wird wohl nix. Der Grund dafür ist ganz einfach: Es findet sich derzeit kein Unternehmen, das das Konzerthaus, so wie es von den Architekten geplant wurde, zu der vom Rat beschlossenen Summe von 30 Millionen Euro zu realisieren. Die Träume einiger VertreterInnen aus Verwaltung und Politik sich ein Denkmal für das Jahr 2010 zu setzen, sind geplatzt.

Es hat nix genutzt, den Haushalt zu gefährden. Es hat nix genutzt, von Seiten der Großspender oder des Freundeskreises Bochumer Symphonie die Politik zu erpressen. So wie es jetzt aussieht, wird es 2010 in Bochum kein Konzerthaus geben. Es sei



denn, es werden Abstriche von dem Vorhaben gemacht. So wie die Debatte geführt wurde, kann man nur noch zynisch reagieren.

Wie wäre es mit einer Reduzierung der Sitzreihen und stattdessen einige Stehplätze? Oder die sanitären Anlagen entfallen und werden durch kostenpflichtige Dixi-Klosos ersetzt. Und für das Jahr 2010 empfiehlt sich vielleicht die Errichtung eines Modells aus Pappe. So bleibt wenigstens der schöne Schein. *Jürgen Plagge-Vandelaar*

Soziale Kriterien sind nötig und möglich

Am 13. Februar 2009 hat das »Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts« den Bundesrat als letzte Hürde passiert.

Die Neufassung des Gesetzes durch die SPD-CDU-CSU-Regierung bleibt allerdings hinter den Forderungen der LINKEN zurück. Die Linksfraktion im Bundestag hatte eine bundesweit einheitliche Aufnahme von sozialen und Umweltstandards in das Vergaberecht gefordert. Das neue Vergaberecht räumt den Kommunen jedoch nur die Möglichkeit ein, ökologische und soziale Vorgaben

in die Ausschreibung öffentlicher Aufträge aufzunehmen, verpflichtet sie aber nicht dazu. Statt zu einer einheitlichen Regelung wird es zu einem bunten Flickenteppich unterschiedlichster Praktiken kommen.

Die Kommunen dürfen auch keine generellen Beschlüsse dazu fassen. Bei jedem neu zu erteilenden Auftrag müssen sie erneut entscheiden, ob sie entsprechende Vorgaben in die Ausschreibung aufnehmen wollen. Dabei ist zu prüfen, ob die Vorgaben mit dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit

vereinbar sind und ob sie nicht gegen EU-Recht verstoßen. So lässt z.B. die EU-Dienstleistungsrichtlinie nur in einem engen Rahmen entsprechende Vorgaben zu: Sie dürfen nicht die Freizügigkeit von Dienstleistungen im EU-Binnenmarkt in Frage stellen. In diesem Punkt ist sicher mit Auseinandersetzungen vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu rechnen, der gegebenenfalls im Sinne der unternehmerischen Freiheit entscheiden und der Anwendung des neuen Vergaberechts eher enge Anwendungsgrenzen setzen wird.

Dennoch haben die Kommunen nun ein Instrument in der Hand, mit dem sie Lohndumping und dem Abbau von Umweltstandards aktiv entgegenzutreten können. Damit stehen sie natürlich auch in der Pflicht, von diesem Instrument Gebrauch zu machen. An diesem Punkt wird sich zeigen, wo welche Ratsfraktion steht.

Für linke Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker



steht nun auf der Tagesordnung, mit Gewerkschaften und Umweltverbänden zügig Sozial- und Umweltstandards zu formulieren.

Bei jeder kommunalen Auftragsvergabe sollten linke Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker dann mit Nachdruck dafür eintreten, dass diese Sozial- und Umweltstandards auch tatsächlich angewendet werden.

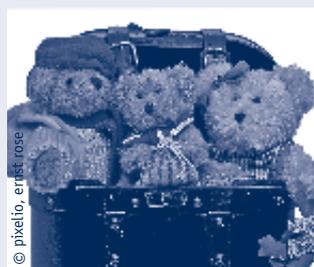
Jürgen Klute, Herne, Mitglied im Parteivorstand und Kandidat der LINKEN für die Europawahl



Damit der Start gut wird

Damit der erste Schultag für alle Kinder ein schöner Tag wird, stellt DIE LINKE im Rat erneut einen Antrag auf Einschulungsbeihilfen. Die Eltern von etwa 660 Kindern werden auch in diesem Jahr wieder nicht in der Lage sein, die Erstausrüstung für den Schulanfang aus eigenen Mitteln zu bezahlen. Deshalb gewähren andere Kommunen eine

einmalige Beihilfe, München 100 Euro, Zwickau sogar 250 Euro. Geld, das nötig ist, wenn man betrachtet, was allein ein Schulranzen kostet. Laut Stiftung Warentest gab es 2006 keinen Tornister unter 50 Euro, der nicht gesundheitsschädlich ist und den gängigen Sicherheitsvorschriften entspricht. Auch der Stigmatisierung der Kinder, deren



Eltern nicht genügend Geld für einen ordentlichen Ranzen und Sportbekleidung haben, kann so entgegengewirkt werden.

Zusätzlich beantragt DIE LINKE in diesem Jahr, diesen Kindern ein „Begrüßungspaket“ der Stadt mit auf den Weg zugeben. Dies soll ein Set mit Eintrittskarten von städtischen Einrichtungen, wie zum Beispiel Schwimmbäder oder Tierpark für das Kind und eine erwachsene Begleitperson enthalten. Es wäre schön, wenn diese Hilfe für Kinder auch in Bochum selbstverständlich würde!

Anna-Lena Orłowski

IMPRESSUM

Linksfraktion Bochum

Ernst Lange (V.i.S.d.P.)

Altes Postgebäude

Willy-Brandt-Platz 1 – 3

44777 Bochum

Tel.: 0234 – 910-1295 /-1296

Fax: 0234 – 910-1297

linksfraktion@bochum.de

www.linksfraktion-bochum.de

Fotos: pixelio (S. 2,3), aboutpixel

(S. 2,4), Linksfraktion Archiv (S. 1,4)

LINKE. Einblicke



Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Linksfraktion Bochum erhalten.

Bitte schicken Sie mir die „Einblicke“ kostenlos an folgende Adresse:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Bitte schicken Sie mir Ihren elektronischen Newsletter an folgende Emailadresse: